



Mehr Geld ja – Transparenz nein



Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/ photothek.net

Weitgehend unbemerkt hat der Bundestag gerade die Geldleistungen an die Fraktionen **um rund 30 Prozent erhöht** und sich damit deutlich über einen **Budgetvorschlag des Bundestagspräsidenten hinweggesetzt**, berichtet die Süddeutsche Zeitung. Union und SPD drückten zudem im letzten Moment eine **Extra-Erhöhung** durch – wegen eines angeblichen "Nachrüstungsbedarfes bei der Digitalisierung und IT-Sicherheit."

Die **außergewöhnlich hohe Aufstockung** hat einen schalen Beigeschmack. Denn Union und SPD waren es auch, die vor einiger Zeit die **öffentliche Kontrolle** der Fraktionsfinanzen **einschränkten**. Die **Nacht- und Nebelaktion** – bei der übrigens alle damals im Bundestag vertretenen Parteien mitwirkten – war derart gut getarnt, dass sie monatelang niemandem auffiel. Lesen Sie hier noch einmal unseren Bericht:

Handstreich im Bundestag: Wie Abgeordnete um 0:25 Uhr ein Bürgerrecht aushebelten

Die Verwendung der Fraktionsfinanzen ist nicht nur **äußerst intransparent**, sondern in einigen Fällen **auch rechtlich fragwürdig**. Denn Abgeordnete im Bundestag und in zahlreichen Landtagen erhalten neben ihren Diäten zum Teil **beträchtliche Boni**, weil sie einen Posten in der Fraktion innehaben. Diese sogenannten Funktionszulagen sind nach Auffassung von Verfassungsrechtlern und Rechnungshöfen **in den meisten Fällen verfassungswidrig**.